

Stellungnahme der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag**  
vom 07. Juni 2012

im Anhörungsverfahren zur Gedenkstättenkonzeption (Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Potsdam an die Stadtverordnetenversammlung 11/SVV/0947 vom 24.11.2011) und zur Frage der künftigen Trägerschaft der Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“

*1. Die Konzeption des Oberbürgermeisters für die Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ gilt der zukünftigen Arbeit dieser Gedenkstätte als eines Erinnerungsortes mit mehrfacher Vergangenheit. Wie bewerten Sie den in der Konzeption niedergelegten Auftrag, die Prämissen und die Zielsetzungen der Gedenkstätte?*

**Dem in der Konzeption formulierten Auftrag stimmen wir zu. Die gestellten Aufgaben sind sehr umfangreich, scheinen jedoch wohl durchdacht. Die Zielstellung, "den antitotalitären Konsens in der Gesellschaft zu festigen und das Bewusstsein für den Wert der freiheitlichen Demokratie und die Achtung der Menschenrechte zu stärken", findet unsere Zustimmung.**

*2. Mit der Fertigstellung des Ausstellungsmoduls zum Nationalsozialismus (voraussichtlich im Jahr 2013) wird die Neugestaltung der Gedenkstätte vorläufig abgeschlossen sein. In welchen Bereichen sehen Sie die zukünftigen Schwerpunkte der Gedenkstättenarbeit? Wo sehen Sie Defizite, welche Prioritäten sollten gesetzt werden?*

**Schwerpunkt der Arbeit sollte die politische Bildung für Schülerinnen und Schüler sowie Studierende aber auch für Erwachsene im Rahmen der unter Antwort 1.) genannten Zielstellung bilden. Die weitere Forschung und Dokumentation sowie kulturelle Arbeit ist darüber hinaus sehr wünschenswert.**

*3. Welche Folgen hat nach Ihrer Ansicht der Verlust von Zeitzeugen für die Zeit des Nationalsozialismus und der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie das Heranwachsen einer neuen Generation nach 1990 ohne eigene Diktaturerfahrung? Welche Konsequenzen sollte die Gedenkstättenarbeit daraus für die politisch-historische Bildungsarbeit ziehen?*

**Als Antwort zu dieser Frage gibt es unter MuseumspädagogInnen eine lebhafte Debatte mit vielen klugen Vorschlägen. Wir sehen es nicht als unsere Aufgabe an, hier den Fachleuten vorzugreifen.**

*4. Die Gedenkstätte Lindenstraße wird organisatorisch, personell und finanziell neu aufgestellt, wobei sich zukünftig die Landeshauptstadt Potsdam und das Land Brandenburg die Kosten für den Betrieb teilen wollen. Voraussetzung dafür ist eine einvernehmliche Lösung der künftigen Trägerschaft zwischen Stadt und Land, die diese neue Kooperation abbildet. In der Vergangenheit (bis Ende 2011) war die Gedenkstätte dem Potsdam Museum verwaltungsmäßig zugeordnet; seit 1. Januar 2012 ist sie übergangsweise dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters zugeordnet. Um eine größtmögliche Selbständigkeit der Gedenkstätte zu erreichen, prüft der Oberbürgermeister derzeit Modelle einer kommunalen Stiftung als künftige Trägerform. Bitte nehmen Sie zu dieser Zielsetzung und den diesbezüglichen Überlegungen in der Gedenkstättenkonzeption Stellung und/oder schlagen Sie begründete alternative Möglichkeiten vor.*

**Die Überlegung zu einer kommunalen Stiftung in größtmöglicher Selbständigkeit gehen aus**

**unserer Sicht in die richtige Richtung. Für eine begründete Entscheidung, welche Form der Stiftung zu bevorzugen ist, bedürfte es der Ergebnisse der genaueren Prüfung, die uns nicht vorliegen.**

*5. Wie sollten Opfer- und Interessenverbände, wissenschaftliche und sonstige Institutionen zukünftig in die Strukturen der Gedenkstätte eingebunden werden? Welche Gruppen, Verbände und Vereine, Gedenkstätten und Museen, wissenschaftliche und sonstige Einrichtungen sollten in dem künftigen, voraussichtlich acht- bis zwölfsitzigen Beirat der Gedenkstätte vertreten sein?*

**Der Vorschlag der Konzeption Opfer- und Interessenverbände, wissenschaftliche und sonstige Institutionen über einen Wissenschaftlichen Beirat in die Strukturen der Gedenkstätte einzubinden erscheint sinnvoll. In der Konzeption sind die wichtigsten Institutionen und Verbände genannt. Die Ausstellungs-, Projekt- und Bildungsarbeit muss jedoch grundsätzlich in der Hand der museumspädagogischen Fachkräfte liegen.**